

Pressekonferenz

Agrarausblick 2025: Deregulierung, Umweltorientierung und Stärkung der Tierhaltung als Schwerpunkte

Flächendeckende Bewirtschaftung braucht Export bei Milch und Fleisch

Die heimische Land- und Forstwirtschaft ist nicht nur eine wesentliche Grundlage der österreichischen Wirtschaft, sondern auch ein essenzieller Faktor für die nachhaltige Entwicklung und die Stärkung der nationalen und europäischen Autonomie. „Die Krisen der letzten Jahre – von wirtschaftlichen Turbulenzen bis zu globalen Gesundheitskrisen – haben die Notwendigkeit einer stabilen und unabhängigen Versorgung mit Lebensmitteln, agrarischen Rohstoffen und erneuerbarer Energie eindrucksvoll verdeutlicht. Daher braucht es faire politische Rahmenbedingungen auf nationaler und europäischer Ebene sowie ein klares Bekenntnis zur Produktionsfunktion der Landwirtschaft“, nennt LK-Präsident Waldenberger eine zentrale interessenspolitische Priorität für 2025 und ergänzt: „Angesichts globaler Herausforderungen wie Klimawandel, Ressourcenverbrauch und Biodiversitätserhalt steht die Landwirtschaft im Fokus, doch politische Entscheidungen auf europäischer Ebene bleiben oft hinter den Erwartungen zurück und häufig entsteht der Eindruck, dass die Land- und Forstwirtschaft als politisches Experimentierfeld betrachtet wird. Dabei hängen bäuerliche Familien mit ihrer wirtschaftlichen Existenz wesentlich von politischen Entscheidungen ab.“

Tierhaltung ist Herzstück der OÖ Landwirtschaft

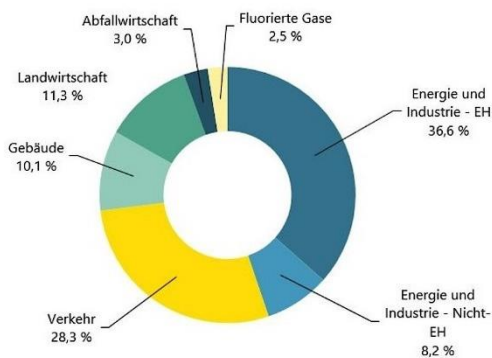
Eine funktionierende, kreislauforientierte Landwirtschaft erfordert eine Stärkung der Tierhaltung. Die Tierhaltung ist unverzichtbar, um die Grünland- und Ackerfutterflächen, die fast die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Oberösterreich ausmachen, überhaupt für die Agrar- und Lebensmittelproduktion nutzen zu können. Forderungen nach einem Abbau der Tierhaltung schaden dem Agrarstandort Oberösterreich und gefährden die Versorgungssicherheit. Die bäuerlich strukturierte Familienlandwirtschaft ist in der Lage, Tierhaltung im Einklang mit hohen Umwelt- und Tierschutzstandards zu betreiben.

Waldenberger unterstreicht: „Die Diskussionen über eine Reduzierung der Tierbestände verkennen oft die Bedeutung der Tierhaltung für die Kreislaufwirtschaft und die Erhaltung der Kulturlandschaft.“

Klimabilanzierung für die Landwirtschaft neu denken

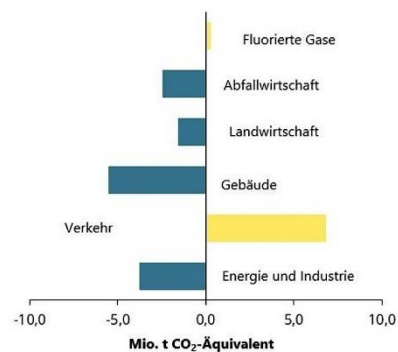
Die österreichische Landwirtschaft hat bereits beachtliche Fortschritte bei der Reduktion von Treibhausgasen gemacht – siehe dazu auch folgende Grafik des Umweltbundesamts. Dennoch erfordern natürliche Produktionsprozesse eine Neubewertung der Klimabilanzierungsregelungen. „Wir brauchen einen umfassenden Blick auf die Ökosystemleistungen unserer Landwirtschaft“, so Waldenberger. Auch renommierte Wissenschaftler fordern eine Änderung der Bilanzierungsregelungen, insbesondere im Bereich Methan, das in einem natürlichen Kreislauf steht und daher nicht wirklich ein Mitverursacher der aktuellen Klimakrise ist. „Die Landwirtschaft bekennt sich zur Umsetzung der Klimaneutralität im Bereich des Energie- und Betriebsmitteleinsatzes und arbeitet intensiv an den erforderlichen Maßnahmen. Natürliche Prozesse lassen sich anhand der bestehenden Bilanzierungsregeln nicht klimaneutral gestalten, doch wir setzen alles daran, unseren Beitrag zur Reduktion zu leisten. Die Diskussion über die Klimabilanzierung muss daher die besonderen Bedingungen natürlicher Produktionsprozesse berücksichtigen“, betont Waldenberger.

SEKTORALE ANTEILE 2022



Quelle: Umweltbundesamt

ENTWICKLUNG 1990-2022



umweltbundesamt[®]
PERSPEKTIVEN FÜR UMWELT & GESELLSCHAFT

Fairer Wettbewerb auch im Pflanzenschutzmittelbereich notwendig

Trotz der Vorteile des EU-Binnenmarktes stoßen die Bäuerinnen und Bauern auf Herausforderungen bei der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln. „Es ist unverständlich, warum nationale Zulassungen zusätzlich zum EU-weiten Zulassungsprozess erforderlich

sind“, kritisiert Waldenberger. Diese zusätzlichen Hürden führen zu einer fehlenden Verfügbarkeit von Pflanzenschutzmitteln bei Spezialkulturen und gefährden die Inlandsproduktion. Faire Wettbewerbsbedingungen für die heimische Obst-, Gemüse- und Saatgutproduktion sind dringend erforderlich. Gerade bei Obst und Gemüse liegt die Eigenversorgung nur bei 50 bis 60 Prozent. Waldenberger fordert: „Unsere Bauernfamilien müssen Zugang zu denselben Pflanzenschutzmitteln haben wie ihre Kollegen in anderen EU-Ländern. Die derzeitige Bürokratie behindert nicht nur Produktion und Wertschöpfung, sondern gefährdet auch die Vielfalt und Qualität der heimischen Landwirtschaft. Das Fehlen notwendiger Pflanzenschutzmittel kann zu erheblichen Ernteaussfällen führen, die Lebensmittelqualität beeinträchtigen und die heimische Versorgungssicherheit weiter schwächen.“

Freihandel und seine Auswirkungen

Das Freihandelsabkommen Mercosur wird mit zusätzlichen Importquoten von 99.000 Tonnen Rindfleisch (gehandelt werden hier vor allem hochpreisige Edelteile), 180.000 Tonnen Geflügelfleisch, 180.000 Tonnen Zucker und 650.000 Tonnen Ethanol aus der Zuckerproduktion auch für die EU-Agrarmärkte nicht ohne Folgen bleiben. Die Ablehnung ist vor allem auch den erheblichen Unterschieden in den Produktionsstandards zwischen Europa und den Mercosur-Staaten sowie ungleichen Wettbewerbsbedingungen geschuldet.

„Wir fordern eine künftige Bundesregierung auf, an der bisherigen Position der Ablehnung eines EU-Mercosur-Freihandelsabkommens konsequent festzuhalten. Denn dieses Abkommen steht im klaren Widerspruch zu unseren Bemühungen, die regionale bäuerliche Landwirtschaft, die Eigenversorgung mit Lebensmitteln sowie den Klima- und Umweltschutz zu sichern. Es ist zudem inakzeptabel, dass die europäischen Institutionen unseren bäuerlichen Familienbetrieben immer höhere Produktionsstandards auferlegen, gleichzeitig aber die Grenzen für Importe öffnen, die nicht denselben Anforderungen entsprechen“, betont Waldenberger.

Bearbeitung von Exportmärkten für Landwirtschaft unverzichtbar

„Gleichzeitig ist die Bearbeitung von Exportmärkten legitim und notwendig, um die Ernährungssicherheit in benachbarten Regionen zu unterstützen und die heimische Produktion absetzen zu können“, hebt Waldenberger hervor. Das betrifft insbesondere die heimische Milch- und Rindfleischproduktion, da diese jeweils knapp 50 Prozent über dem Inlandsbedarf liegt. Das ist vor allem im hohen Berggebiets- und Grünlandanteil in Österreich begründet. Ohne diese Mehrproduktion für den Export würden wohl vor allem Almflächen und extensive Grünlandflächen aus der Produktion gedrängt – mit massiven Folgen für die Kulturlandschaftspflege und den Tourismus.

„Es ist unsere Pflicht, zur Ernährungssicherheit in Krisenregionen beizutragen. Vor den Toren der EU leben in Nordafrika und im Nahen Osten etwa 500 Millionen Menschen, die sich nur mehr zu etwa 50 Prozent aus ihrer eigenen Produktion mit Lebensmitteln versorgen können. Hier geht es geradezu um eine Verpflichtung für Europa, als unmittelbar

angrenzende Region die Ernährung der Bevölkerung in mehreren Krisenländern dieser Region zu wirtschaftlich vertretbaren Bedingungen sicher zu stellen. Das ist in letzter Konsequenz auch ein unverzichtbarer Teil einer vorsorgenden Migrationspolitik“, erklärt Waldenberger.

Leistungen für den Klima- und Naturschutz anerkennen

„Unsere Bäuerinnen und Bauern bekennen sich aktiv zum Klima-, Natur- und Biodiversitätsschutz. Es braucht produktionsintegrierte Strategien, mit denen entsprechende Mehrpreise für höherwertig erzeugte Produkte erzielbar sind“, erklärt Waldenberger. Zudem ist die öffentliche Hand gefordert, zusätzliche finanzielle Mittel bereitzustellen, um diese Ziele effektiv zu verfolgen. Das Agrarumweltprogramm ÖPUL und Bildungsangebote in diesen Bereichen sind wichtige Instrumente. „Unsere Bäuerinnen und Bauern denken in Generationen und übernehmen Verantwortung für die ökologische, soziale und wirtschaftliche Nachhaltigkeit“, betont Waldenberger.

Renaturierungsgesetz erfordert praxistaugliche Ansätze und zusätzliche Finanzierung

Im Vorfeld der Ausarbeitung der Wiederherstellungspläne zur Umsetzung der EU-Renaturierungs-Verordnung ist ein transparentes und partnerschaftliches Vorgehen mit den Bäuerinnen und Bauern entscheidend. Freiwilligkeit und finanzielle Anreize sind dabei unerlässlich, um die Ziele der Verordnung zu erreichen. „Daher muss der zukünftige EU-Finanzrahmen zusätzliche Mittel für den Erhalt von Ökosystemen bereitstellen. Freiwillige Bewirtschaftungseinschränkungen benötigen eine angemessene finanzielle Abgeltung. Die Verantwortung darf nicht allein der Land- und Forstwirtschaft aufgebürdet werden“, so Waldenberger.

Bürokratieabbau für mehr Effizienz notwendig

Die Vielzahl regulatorischer Maßnahmen führt aktuell zu Frustration unter den Bäuerinnen und Bauern. Ein Negativbeispiel ist die ab 2026 geltende EU-Entwaldungsverordnung. Diese Verordnung bringt keinen Mehrwert für Österreich, wo ohnehin keine Entwaldung stattfindet, und verursacht lediglich zusätzlichen bürokratischen und verwaltungstechnischen Aufwand. Die Ankündigung der EU, die Bürokratielast zu reduzieren, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Es ist entscheidend, dass nicht noch mehr Lasten auf die Betriebe zukommen.

Mehr Selbstverantwortung für Entwicklung der Landwirtschaft entscheidend

„Für eine positive Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft ist wieder mehr Selbstverantwortung notwendig. Insbesondere kleinen Unternehmern, wie Bäuerinnen und Bauern sowie Forstwirten, kann aufgrund ihrer Nachhaltigkeitsorientierung mehr Eigenverantwortung zugetraut werden. Unsere Erfahrungen bestätigen dies: Bildung und Beratung wirken effektiver als neue Vorschriften und Kontrollen. In Bereichen wie Boden-, Wasser- und Umweltschutz, Energieeffizienz und Tierwohl haben wir dadurch größere Fortschritte erzielt. Aus agrarpolitischer Sicht wäre es daher sinnvoller und es würde die

Zufriedenheit innerhalb des Berufsstandes steigern, wenn der Land- und Forstwirtschaft mehr Selbstverantwortung zugestanden wird“, so Waldenberger abschließend.



Bildnachweis: Die Tierhaltung ist in Oberösterreich unverzichtbar für die Kreislaufwirtschaft und die Erhaltung der Kulturlandschaft

Bildnachweis: LK OÖ/Reingruber, Abdruck honorarfrei

EU läutet neue Reformrunde der Gemeinsamen Agrarpolitik ein

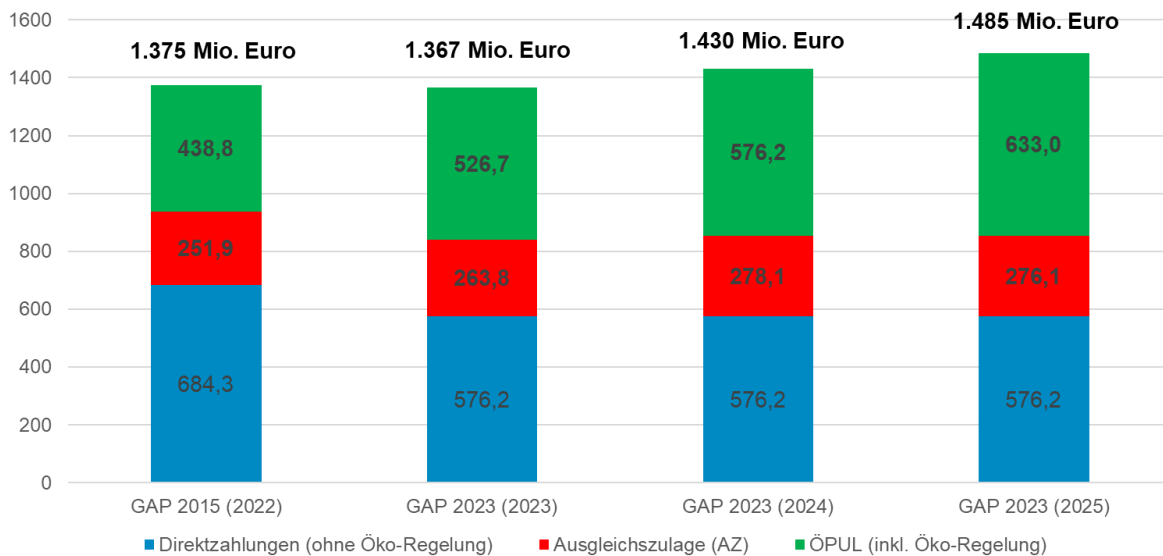
Mit Anfang Dezember hat eine neue EU-Kommission ihr Amt angetreten. In ihrem Mandatsschreiben an den neuen EU-Agrarkommissar Christophe Hansen hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, der Krisenfestigkeit und der Nachhaltigkeit des Agrarsektors als zentrale Ziele für die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik vorgegeben. Gleichzeitig sollen bürokratische Regelungen sowie Dokumentations- und Berichtspflichten der Klein- und Mittelbetriebe um 25 bis 35 Prozent reduziert werden. Bei ihrem Amtsantritt am 1. Dezember hat die EU-Kommission angekündigt, innerhalb der ersten 100 Tage ihre Vision für eine nachhaltige und wettbewerbsfähige Land- und Ernährungswirtschaft in der EU zu präsentieren. Diese Vision, die voraussichtlich am 19. Februar 2025 präsentiert wird, dürfte damit auch die Grundlage für die inhaltliche Ausgestaltung der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik im Zeitraum nach 2027 vorgeben.

Zudem hat die neue EU-Kommission angekündigt, noch im ersten Halbjahr ihren Vorschlag für einen neuen Mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum ab dem Jahr 2028 vorzulegen. Aus geleakten Papieren der EU-Kommission war vor einigen Monaten zu entnehmen, dass die Zusammenführung der bisherigen unterschiedlichen Haushaltsfonds im EU-Budget zu einem „Single-Fund“ überlegt wird.

„Damit könnte die Verantwortung für die Verwendung der EU-Finanzmittel noch stärker an die EU-Mitgliedsstaaten zurückverlagert werden. Dies würde eine noch stärkere Renationalisierung der EU-Agrarpolitik bedeuten und die Wettbewerbsverzerrungen für die bäuerlichen Betriebe innerhalb des EU-Binnenmarktes weiter erhöhen. Die Landwirtschaftskammer spricht sich mit Nachdruck gegen derartige Entwicklungen aus und fordert vielmehr eine Stärkung und bessere finanzielle Dotierung der Gemeinsamen Agrarpolitik“, erklärt Kammerdirektor Karl Dietachmair.

Nachdem Bund und Länder im vergangenen Jahr eine Erhöhung ihrer Kofinanzierung für die Zahlungen im Rahmen des Agrarumweltprogrammes ÖPUL und bei der Bergbauern-Ausgleichszulage umgesetzt haben, fordert die Bauernvertretung für die neue GAP eine Inflationsanpassung bei den EU-Mitteln für Direkt- und Ausgleichszahlungen. Diese ist unabdingbar, um die hohen agrarischen Produktionsstandards innerhalb der EU weiter abzusichern und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der EU-Landwirtschaft zu erhalten. Die Höhe der im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik ausbezahlten bzw. zur Auszahlung anstehenden Flächenzahlungen hat sich zuletzt folgendermaßen entwickelt:

Entwicklung der GAP-Flächenzahlungen in Österreich:



Quelle: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Tourismus.

Agrarproduktion setzt freiwillig auf hohe Produktionsstandards

Die heimischen bäuerlichen Familienbetriebe setzen in ihrer Produktion im EU-Vergleich höchste Produktionsstandards in den Bereichen Klima, Umwelt- und Naturschutz sowie beim Tierwohl um. Das beweist einerseits die hohe Teilnehmerate am freiwilligen Agrarumweltprogramm ÖPUL, die in Oberösterreich mit 85 Prozent der Betriebe mittlerweile über dem Bundesschnitt von 83 Prozent liegt. Das ist insofern bemerkenswert, als in unserem Bundesland die höchste Tierhaltungsintensität und auch in der Pflanzenproduktion aufgrund vergleichsweise günstiger natürlicher Produktionsbedingungen die höchsten Naturalerträge zu verzeichnen sind, die tendenziell die Teilnahme an Maßnahmen des Agrarumweltprogrammes wirtschaftlich weniger attraktiv machen.

Die Teilnahme an Naturschutzmaßnahmen konnte mit dem Einstieg in die neue Förderperiode sogar verdoppelt werden, bei der Grundwasservorsorgemaßnahme verzeichnet Oberösterreich im Projektgebiet eine Teilnehmerate von 66 Prozent, in Niederösterreich liegt diese bei 33 Prozent und in der Steiermark bei 12 Prozent. Bei der Förderung der bodennahen Gülleausbringung liegt Oberösterreich mit einem bundesweiten Anteil von 47 Prozent der ausgebrachten Gülle ebenfalls an der Spitze im Bundesländerranking.

Höchste Klimateffizienz in der Fleisch- und Milchproduktion

Bezüglich der Klimateffizienz in der Milch-, Rind- und Schweinefleischproduktion liegt Österreich im absoluten Spitzenfeld. Der CO₂-Ausstoß je Kilogramm Rindfleischproduktion

liegt in Österreich bei 14 Kilogramm, im EU-Durchschnitt bei 22 Kilogramm und in Brasilien bei 80 Kilogramm CO₂.

CO₂-Ausstoß für ein Kilogramm Rindfleisch im Ländervergleich:

Der CO₂-Ausstoß für die Produktion von einem Kilogramm Milch liegt in Österreich bei einem Kilogramm CO₂, im EU-Durchschnitt bei 1,4 Kilogramm CO₂. Die Produktion von einem Kilogramm Schweinefleisch stößt im EU-

Durchschnitt 7,5 Kilogramm Treibhausgase aus, in Österreich verursacht ein produziertes Kilogramm Schweinefleisch nur 5,9 Kilogramm Treibhausgase. Trotzdem sind natürlich auch die österreichischen Betriebe gefordert, den Treibhausgasausstoß in der Produktion weiter zu senken. Gleichzeitig muss aber zur Kenntnis genommen werden, dass sich natürliche Produktionsprozesse in der Tierhaltung nach den aktuellen Standards der Klimabilanzierung nicht klimaneutral gestalten lassen.

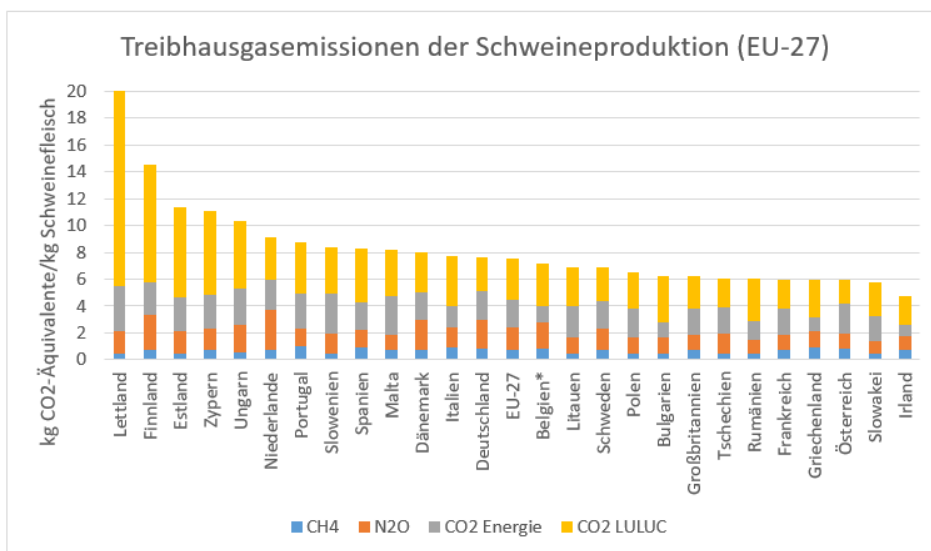


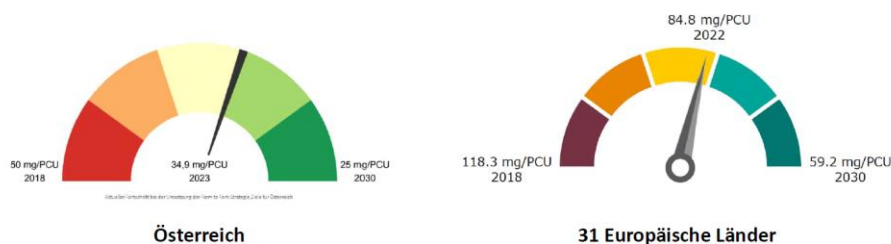
Abbildung 1: Treibhausgasemissionen in kg CO₂-Äquivalenten pro kg Schweinefleisch (Quelle: Leip et al 2010)

Höchst verantwortlicher Arzneimitteleinsatz

Die heimischen Nutztierhalter haben in den vergangenen Jahren viel in die Errichtung tierwohlgerechter Ställe investiert und gleichzeitig ihr Know-how im Fütterungs- und Haltungsmanagement massiv ausgebaut. So konnte z.B. der Antibiotikaeinsatz in der Nutztierhaltung seit dem Jahr 2010 in etwa halbiert werden. Damit liegt die Anwendung in Österreich mittlerweile mit 34,9 mg je PCU mehr als die Hälfte unter dem EU-Durchschnittswert von 84,8 mg je PCU. Die Einheit PCU bedeutet Population Correction Unit, ist eine Maßeinheit, die hilft, den Antibiotikaverbrauch bei Tieren zu vergleichen und sie bezieht sich auf ein Kilogramm Lebewesen. Mit der Einführung eines neuen Antibiotikamonitorings auf Basis des neuen Tierarzneimittelgesetzes sollte in den nächsten Jahren in Österreich eine weitere Absenkung dieses Wertes gelingen.

Antibiotikaverbrauch in der Tierhaltung im Vergleich, Milligramm/PCU

Antibiotika-Verbrauch



Ländervergleich 2022

- Österreich 36,2 mg/PCU
- Deutschland 69,9 mg/PCU

Auch Pflanzenbau setzt auf umweltorientierte Optimierung

Auch in der Pflanzenproduktion wird konsequent am Know-how zur produktionstechnischen Optimierung gefeilt. Am Beispiel des Pflanzenschutzmittel- und Düngemittleinsatzes zeigt sich, dass hier die wirtschaftliche und die ökologische Optimierung im Regelfall einhergehen. So ist bei Pflanzenschutzmitteln in Österreich die in Verkehr gebrachte Wirkstoffmenge von 3.998 Tonnen im Jahr 2022 auf 3.230 Tonnen im Jahr 2023 um 19,2 Prozent zurückgegangen. Der Düngemittelabsatz (in Reinnährstoffen) ist vom Wirtschaftsjahr 2019/2020 mit 182.800 Tonnen auf 123.200 Tonnen im Wirtschaftsjahr 2022/2023 um 32,6 Prozent zurückgegangen (Quelle: Grüner Bericht 2024 des BML). Einen wesentlichen Anteil daran hatte auch der optimierte Wirtschaftsdüngereinsatz im Wege der geförderten bodennahen Gülleausbringung, die eine wesentlich bessere Verwertung der Nährstoffe ermöglicht.

In Arbeitskreisen erfolgt ständige Arbeit an Optimierung der Produktionstechnik

In den Arbeitskreisen der verschiedenen Produktionssparten (Milch, Rindfleischproduktion, Ferkelproduktion, Schweinemast usw.) erfolgt durch Bäuerinnen und Bauern in enger

Abstimmung mit Fachberatern eine ständige Weiterentwicklung der Produktionstechnik durch Erfahrungsaustausch und Kennzahlenvergleiche. Teilnehmende Betriebe nehmen hier oft eine Multiplikatorfunktion für weitere bäuerliche Betriebe wahr. Mit der Arbeitskreisarbeit und weiteren Bildungs- und Beratungsangeboten gelingt es seit Jahren, die Produktionstechnik nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht, sondern auch bezüglich ökologischer, umweltorientierter, Klimaschutzorientierter und auch tierwohlorientierter Kriterien ständig positiv weiter zu entwickeln.

Zukunftsinvestitionen brauchen stabile politische Rahmenbedingungen

In der OÖ Landwirtschaft gibt es aktuell eine ausgeprägte Investitionszurückhaltung. Diese hat in der Mehrzahl der Produktionssparten wie in der Milch-, Rinder- und Schweineproduktion weniger mit der aktuellen Markt- und Einkommenssituation zu tun, sondern liegt vor allem in den unsicheren politischen Rahmenbedingungen begründet. Diese betreffen vor allem die Fragen Tierschutz, Klimaschutz sowie den Natur- und Umweltschutz. „Trotzdem merken wir in der Bildungs- und Beratungsarbeit, dass sich die Bäuerinnen und Bauern weiterhin intensiv mit der strategischen Weiterentwicklung ihrer Betriebe beschäftigen und auf eine entsprechende Planungssicherheit für weitere anstehende Investitionen warten“, erklärt Kammerdirektor Karl Dietachmair.



„Bildung und Beratung wirken effektiver als neue Vorschriften und Kontrollen. Wir wollen daher mehr Selbstverantwortung in der Landwirtschaft“, sind sich LK OÖ-Präsident Franz Waldenberger (l.) und Kammerdirektor Karl Dietachmair (r.) einig.

Bildnachweis: LK OÖ, Abdruck honorarfrei

Kontakt Öffentlichkeitsarbeit: Mag. Elisabeth Frei-Ollmann,
Tel +43 50 6902-1491, medien@lk-ooe.at